

100 Mio. Steuergelder für die Stabilisierung der AHV?

Von Herbert Elkuch

«Wenn wir 100 Millionen Franken in die AHV investieren, dies zugunsten unserer Senioren und die künftigen älteren Generationen...» (Vaterland, 20. Juli 2020, mitunterzeichnet von einem bekannten Unterländer FBP-Abgeordneten). Viele Rentner setzten diese Aussage mit einer Erhöhung der AHV-Rente gleich. Das zeigen E-Mails, die eingegangen sind, mit der Bitte, man möge diesen Vorschlag unterstützen, da viele Rentner mit sehr wenig auskommen müssten. Die Hoffnung, dass mit den 100 Mio. eine Rentenerhöhung einhergehen könnte, ist in Wirklichkeit nicht angebracht.

Viele Rentner müssen mit sehr wenig auskommen

Mit diesen 100 Mio. in die AHV würde die AHV-Rente um keinen Rappen erhöht. Für eine zeitnahe Rentenerhöhung müsste das Gesetz geändert werden, und dies steht in der Dezember-Landtagsitzung nicht zur Debatte.

AHV muss stabilisiert werden

In der Dezembersitzung geht es um die langfristige finanzielle Sicherung der AHV. Die AHV besitzt ein grosses Vermögen, das zu 86% durch «inländische Mittel» angespart wurde (BuA 2016/40). Dieses Vermögen und der derzeitige Beitragssatz reichen nicht, um in fernerer Zukunft die in- und ausländischen Renten mit Sicherheit zu finanzieren. Um die AHV-Einnahmen zu verbessern, gibt es grundsätzlich zwei realistische Möglichkeiten: Entweder den Staatsbeitrag oder die AHV-Beiträge erhöhen oder beides zusammen. Gibt der Staat Geld in die AHV, stammt dieses aus Steuerveranlagungen in Liechtenstein. Werden die AHV-Lohnbeiträge erhöht, tragen alle Versicherten, In- und Ausländer, im In- und Ausland zur Sicherung der AHV bei.

100 Millionen würden gerade mal 120 Tage reichen

Mehr als die Hälfte der Versicherten wohnt im Ausland und bezahlt dort Einkommenssteuern. Mit dem Staatsbeitrag entsteht für liechtensteinische Bürgerinnen und Bürger eine Doppelbelastung. Sie müssen die Sicherung für in- und ausländische Renten übernehmen, derweil ausländische Versicherte nicht beteiligt wären, aber von Geldern aus Liechtenstein profitieren würden. Deshalb ist es besser, die Beitragssätze auf das Niveau der Schweiz anzuheben. Dann tragen alle Versicherten zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV bei, sowohl In- als auch Ausländer.

Die 100 Mio. in die AHV wären sowieso ein Klacks. 100 Mio. reichen derzeit gerade mal, um die Renten 120 Tage lang auszubezahlen, oder man könnte ein Jahr lang die Renten ins Ausland finanzieren. Die Rentenausgaben steigen von Jahr zu Jahr. In Zukunft reichen 100 Mio. für noch weniger Tage.

Zusätzlicher Zustupf für liechtensteinische Rentner

Was könnte gemacht werden, damit inländische Gelder den inländischen Rentnern zukommen und nicht mit der Giesskanne im In- und Ausland verteilt werden? Vor noch nicht allzu langer Zeit brachte ich die Idee ein, dass den Rentnern, die in Liechtenstein wohnhaft sind, direkt aus der Staatskasse ein Betrag (eine Sommer-Gratifikation?) ausgezahlt werden könnte. Rentner in Liechtenstein bezahlen hier Steuern und beleben die Wirtschaft hier im Land. Hingegen, wenn Geld in die AHV gegeben wird, muss dieses nach EWR-Recht an alle

AHV-Rentner ausbezahlt werden, also auch an die zwei Drittel der Rentner, die im Ausland wohnen und dort Steuern bezahlen und dort die Wirtschaft unterstützen.

Geld muss als Wertschöpfung dem Land erhalten bleiben

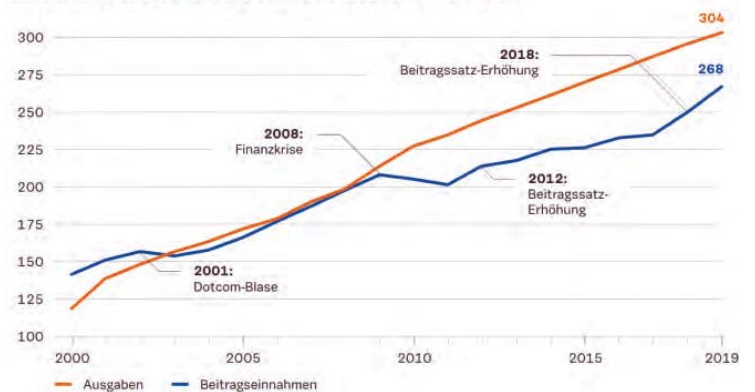
Bei meinem Vorschlag wird das Geld aus der Staatskasse nicht in die AHV verschoben, sondern direkt den Rentnern zugeteilt. Dies ist europarechtskonform. Das Geld bleibt als Wertschöpfung dem Land erhalten. Wir sind nicht verpflichtet, Geld aus der Staatskasse an alle zu verteilen, die irgendwann einmal hier gearbeitet haben. Der Landtag hat die Finanzhoheit und kann, wenn er will, den Rentnern in Liechtenstein eine Renten-Aufbesserung aus der Staatskasse geben, ohne dabei auf Rentner im Ausland Rücksicht nehmen zu müssen. Diese Idee wurde in verschiedenen gossen Zeitungen in der Schweiz ohne mein Dazutun aufgegriffen und veröffentlicht.

Die AHV leidet unter zu tiefen Beiträgen

Die AHV-Beiträge waren von 1954 bis 2003 stets höher als die Ausgaben. Nach 2003 waren die Beiträge immer tiefer als die Auszahlungen, und das Beitragsdefizit summiert sich über die Jahre enorm (siehe nachstehendes Diagramm).

Die AHV-Reserven wurden seit dem Jahr 2000 um gut 4 Jahresausgaben abgebaut. Im Jahr 2019 entsprach eine Jahresausgabe 307 Mio. Franken. Vier Jahresausgaben wurden zwischenzeitlich abgebaut. Das entspricht 1,2 Milliarden Schweizerfranken.

Ausgaben und Beitragseinnahmen, Versicherte und Arbeitgeber, ohne Staatsbeitrag und ohne Vermögenserträge von 2000 bis 2019 (in Mio. CHF)



Die AHV-Beiträge sind stark lohnabhängig und stammen zu 96,5% aus «Löhnen». Damit die Beiträge (blaue Linie) die Ausgaben (rote Linie) finanzieren können, muss der Beitragssatz auf Schweizer Niveau angehoben werden.

AHV könnte zu einer grossen Belastung werden

Beitragserhöhungen sind keine schöne Angelegenheit. Aber mit der hohen Auslandsverpflichtung, die Liechtenstein mit der AHV übernommen hat, muss auf Nummer sicher gegangen werden. Ansonsten könnte in Zukunft, vor allem wenn die Wirtschaft über längere Zeit einbricht, die AHV zu einer grossen Belastung für die liechtensteinische Bevölkerung werden.